

Recht auf Selbsttötung und Suizidverhütung

성낙현*

I. Problemstellung

Eine sehr lebhaft diskutierte Frage ist, ob es ein Recht auf Selbsttötung anerkannt werden soll. Diese Frage will nicht den staatlichen Strafanspruch, sondern die Verfügungsmöglichkeit des Individuums über das eigene Leben begründen oder bestreiten. Deshalb zielt es andere Subjekte und Beurteilungsmaßstäbe als das Strafrecht.¹⁾ Dennoch würde die Frage nach dem Recht auf eigenen Tod auch in strafrechtlichen Bereich Bedeutung haben, da es dem rettenden Eingreifen eines Dritten entgegengehalten werden könnte.

II. Recht auf eigenen Tod

1. Recht auf eigenen Tod nach dem Art. 2 II GG

Nirgendwo ist in deutschem Gesetz wörtlich ein "Recht auf Selbsttötung"

* 영남대학교 법과대학 교수

1) Roellecke, Gibt es ein "Recht auf Tod"?, in: Eser(Hrsg.), Suizid und Euthanasie als human- und sozialwissenschaftliches Problem, 1976, S. 337.

niedergelegt. Im Art. 2 II GG ist nur ein "Recht 'auf' Leben und körperliche Unversehrtheit" ausdrücklich gewährleistet. Es ist zu fragen, ob das Recht 'auf' Leben im Art. 2 II GG auch als Recht, über das eigene Leben zu verfügen, interpretiert werden könnte. Das andere Merkmal dieser Vorschrift, nämlich "Recht 'auf' körperliche Unversehrtheit" kann ohne weiteres als "Recht über körperliche Unversehrtheit" umgedeutet werden, weil man unter Umständen den ärztlichen Heileingriff verweigern darf. Aber diese beiden Merkmale können nicht gleichgestellt werden, weil die beeinträchtigte körperliche Unversehrtheit wieder geheilt werden, aber das Leben ist als Höchstrechtsgut einmalig und die Verfügung über das Leben irreversibel.²⁾

Aus der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes ist festzuhalten, daß der Grundgesetzgeber mit dem im Art. 2 II GG enthaltenen "Recht auf Leben" nicht auch das "Recht auf eigenen Tod" als Teil des Rechts auf Leben garantieren wollte. Der Grundgesetzgeber hat das Recht auf Leben als Reaktion auf den Erfahrungsunterricht bestimmter historischer Verletzungsvorgänge, z.B. Vernichtung des lebensunwerten Lebens, Ausrottung rassistischer oder religiöser Gruppen etc., in das Grundgesetz aufgenommen. Der Sinn des Grundrechts auf Leben ist es vornehmlich, den staatlich praktizierten, legalisierten oder geduldeten Mord abzuwenden. Dies ist zugleich auch der Normzweck des Art. 2 II GG.³⁾

Der Staat verbietet negative Unwerturteile über das Leben, aber nicht positive Werturteile über das Leben. Der Staat will jedenfalls das Menschenleben schützen, sogar beim Vernichten des eigenen Lebens durch Selbstmord. Das bedeutet, daß der Staat dem Inhaber des Grundrechtes die Verfügungsgewalt über sein Leben abspricht.

Damit ist deutlich zu sagen, daß das Recht auf Leben im Sinne des Art. 2 II GG prinzipiell keine Verfügungsmacht über das eigene Leben beinhaltet.⁴⁾

2) Roellecke, a.a.O.

3) Maunz/Dürig/Herzog, Kommentar zum Grundgesetz, 1979, Art. 2 II Rdnr. 8; Roellecke, a.a.O., S. 338.

Anderer Auffassung ist Erbel. Nach ihm müßte der Staat die Entscheidung des einzelnen darüber, ob er sein Leben als "sein" Leben betrachte, da er nach freier Wahl führen oder auch beenden könne, dem eigenen persönlichen Glauben und Gewissen überlassen. Danach bestehe also für jeden, der in bezug auf sein Leben absolute staatliche Autonomie beanspruchen wolle, ein vom Staat anzuerkennendes individuelles Recht "über" das eigene Leben.⁵⁾ Jedoch, obwohl ein weltanschaulich neutraler Staat jeden Bürger nicht dazu zwingen kann, wider Willen am Leben zu bleiben, und der Staat eigentlich die persönliche und freiverantwortliche Entscheidung des einzelnen über sein eigenes Leben dulden muß, ist es in einem Sozialstaat als ein Gebot anerkannt, daß die Gesellschaft sich in Erfüllung einer sozialen Einstandspflicht des Suizidenten annimmt und sich fürsorgerisch darum bemüht, den Lebensmüden freiwillig von seinem Suizidentschluß Abstand nehmen zu lassen und nur durch geeignete und soziale Hilfe für ihn sein Leben wieder lebenswert zu machen.⁶⁾ Weil nach dem Sozialstaatsprinzip der Schutz jedes Menschenlebens die Verpflichtung des Staates ist, steht das Recht auf Selbsttötung nicht mit dem Sinn und Zweck des Art. 2 II GG im Einklang.

2. Nach dem Art. 2 I GG

Nach dem Art. 2 I GG hat jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unter drei Bedingungen. Er darf nicht die Rechte anderer verletzen, nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstoßen. Es ist zu untersuchen, ob die Selbsttötung vom Recht auf freie

4) Maunz/Dürig/Herzog, a.a.O., Rdnr. 12; Maunz-Zipelius, Deutsches Staatsrecht, 25. Aufl., 1983, § 24 I 2.

5) Erbel, Das Sittengesetz als Schranke der Grundrechte, 1971, S. 324.

6) Erbel, a.a.O., S. 324.

Entfaltung der Persönlichkeit erfaßt ist. Diese Frage bejahend vertritt Bottke⁷⁾ die Meinung, daß Art. 2 I GG die freie, vor dem eigenen Gewissen zu verantwortende Suizidentscheidung des einzelnen garantiere, ohne daß er für deren Durchführung eines rechtsfreien Raumes bedürfe. Dagegen könnte man zunächst argumentieren, daß der Selbstmord keine Entfaltung der Persönlichkeit, sondern ihre Vernichtung sei und daher schon dem Wortsinn nach nicht zu Art. 2 I GG gehöre. Aber weil ein Grundrecht nicht nur die aktive Ausübung, sondern auch die Nichtausübung garantiert,⁸⁾ schließt der Wortsinn des Art. 2 I GG eine Zuordnung des Rechts auf Selbsttötung nicht aus.⁹⁾

Die oben gestellte Frage ist dann davon abhängig, ob die Selbsttötungshandlung vor allem gegen das Sittengesetz im Sinne des Art. 2 I GG verstößt. Über den Begriff von Sittengesetz sind der Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht(BVerfG) und das Schrifttum nicht einheitlicher Auffassung. Der Große Senat des BGH¹⁰⁾ hat zunächst vom Standpunkt eines durch die ältere katholische Moralthologie interpretierten Naturrechts die Meinung vertreten, daß das Sittengesetz jeden Selbstmord - von äußersten Ausnahmefällen vielleicht abgesehen - streng mißbillige, und niemand selbstherrlich über sein eigenes Leben verfügen und sich den Tod geben dürfe. Nach der Auffassung von BVerfG ist das Sittengesetz dagegen keine vorgegebene Ordnung, sondern eine Zusammenfassung allgemein gesellschaftlich anerkannter Werturteile. Durch die Bezugnahme auf die gesellschaftlich anerkannten Werturteile entsteht für das BVerfG vor allem das Problem, die Geltung des Sittengesetzes festzustellen. Das persönliche sittliche Gefühl des Richters kann keinesfalls hierfür maßgebend sein. Die Auffassung einzelner Volksteile kann auch nicht ausreichen. Von größerem Gewicht sind die öffentlichen Religionsgesellschaften, insbesondere die beiden großen christlichen Konfessionen, aus deren Lehren große Teile des Volkes die Maßstäbe für ihr sittliches Verhalten entnehmen. "Nicht darauf

7) Bottke, Suizid und Strafrecht, S. 58 Rdnr. 3.

8) Erbel, a.a.O., S. 324.

9) Wagner, Selbstmord und Selbstmordverhütung, 1975, S. 91.

10) BGHSt 6, 147 ff, 153.

kommt es an, aufgrund welcher geschichtlichen Erfahrungen ein sittliches Werturteil sich gebildet hat, sondern nur darauf, ob es allgemein anerkannt wird und als Sittengesetz gilt."¹¹⁾

Für die Frage, ob die Selbsttötungshandlung gegen das Sittengesetz verstößt, kann deswegen mitentscheidend sein, wie die katholische und evangelische Kirche den Selbstmord beurteilt, weil es außerhalb beider Kirchen keine große Religion oder Weltanschauung gibt, die den Selbstmord allgemein als sittlich verwerflich ansieht.¹²⁾

Nach der katholischen Theologie ist der Selbstmord heute noch sittlich verwerflich, obwohl sie ihn heute nicht mehr so rigoros wie früher verurteilt.¹³⁾ Wenn Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Selbstmörders nicht ganz auszuschließen sind, gewährt die katholische Kirche - anders als früher - dem Selbstmörder dann doch in den meisten Fällen ein normales kirchliches Begräbnis. Dies zeigt die Tendenz, daß die katholische Kirche den Suizid nicht mehr als sittlich streng verbotene Handlung ansieht.

Die evangelische Kirche ging auch von einer strengen Verurteilung des Selbstmordes aus. Sie beurteilt den Selbstmord heute noch als verwerflich, aber nicht im Sinne der Moral und der Gesellschaft, sondern nur gegen Gott, der allein Herr über das Leben ist. Dies bedeutet, daß der Selbstmord, allein in religiöse Bezüge gesetzt, sittlich ungetadelt bleibt.¹⁴⁾

Ein religiös und weltanschaulich neutraler Staat darf nicht die religiöse Verwerflichkeit eines Verhaltens zur normativen Richtlinie für alle machen, wenn diese religiöse Verwerflichkeit nicht zugleich auch von antireligiösen Menschen als eine allgemeine moralische Verwerflichkeit anerkannt wird.¹⁵⁾ Vielmehr steht dem einzelnen Bürger ein Kernbezirk personaler ethischer Autonomie zu. Diesem entspricht eine unaufhebbare Verantwortlichkeit der

11) BVerfGE 6, 389, 434 f.

12) Wagner, a.a.O., S. 100.

13) Wagner, a.a.O., S. 101 Fn. 55 m.w.N., 105.

14) Wagner, a.a.O., S. 101 f; so auch Bottke, Suizid und Strafrecht, S. 51 Rdnr. 53.

15) Erbel, a.a.O., S. 323; Bottke, a.a.O., S. 51 Rdnr. 53.

Person für ihr Handeln und die rechtliche Unmöglichkeit einer Suspendierung des persönlichen Gewissens durch den Staat.¹⁶⁾ Man kann frei darüber entscheiden, ob und mit welcher sittlicher Zielsetzung er von seiner Freiheit auf persönliche Entscheidung Gebrauch macht.¹⁷⁾

Die Suizidentscheidung gehört auch ausschließlich zu dieser persönlichen sittlichen Autonomie. Das Gegenargument, daß die freie Entfaltung der Persönlichkeit das Menschsein voraussetze und wegen der Einmaligkeit der erfolgreichen Selbsttötung die weitere Grundrechtsausübung auf Dauer vereitelt würde, ist wenig überzeugend. Denn auch der Verzicht auf Grundrechte gehört grundsätzlich zu dem von ihnen geschützten Bereich¹⁸⁾ und beim Zeitpunkt des Suizidhandelns liegt auch das Menschsein vor, weil das Suizidhandeln auch ein Menschsein voraussetzt.

Damit ist als Ergebnis zu sagen, daß jedenfalls der Suizid, der weder die Rechte anderer verletzt - als Gegenbeispiel kann man sich den Fall vorstellen, die beiden Teile der Eltern eines Kleinkindes begehen Selbstmord, wodurch sie gleichzeitig ihre elterliche Pflicht, ihr Kind zu erziehen und zu pflegen, verletzen - noch für ein der Selbstverwirklichung des einzelnen verpflichtetes Gemeinwesen sozialschädlich wirkt,¹⁹⁾ nicht gegen das Sittengesetz im Sinne des Art. 2 I GG verstößt, weil die Sittenwidrigkeit des Selbstmordes nicht allgemein anerkannt wird. Ist es wenig problematisch anzunehmen, daß der Suizid nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt, soweit die Rechtspflicht zum Weiterleben verneint wird, ergibt sich dann das Recht auf eigenen Tod im Rahmen des Art. 2 I GG.

16) Erbel, a.a.O., S. 272 Fn. 567.

17) BVerfGE 4, 15: 6, 41.

18) Erbel, a.a.O., S. 324.

19) Bottke, Suizid und Strafrecht, S. 51 Rdnr. 52.

III. Suizidhinderungsrecht und -pflicht aus den soziaethischen Gründen

1. Öffentlich-rechtliche Suizidverhinderung

Der Lebensmüde hat das Recht auf Selbsttötung ohne Rücksicht darauf, welche Wirkung die Selbsttötung auf die Mitmenschen und die Gesellschaft hat. Aber die Gesellschaft mit soziaethik fühlt, daß sie dazu verpflichtet sei, den Selbstmord nicht geschehen zu lassen, der nicht selten Folge einer psychischen Krankheit z. B. endogene Depression, Neurose oder pathologische Altersreaktion ist.²⁰⁾ Für die Entstehung eines solchen psychischen Krankheitszustandes fühlt sich die Gesellschaft mitschuldig und verpflichtet sich, dem Suizitkandidaten diese Krankheit zu beseitigen und ihm noch Chance zu geben, sich Leben wieder gut zu machen.

Die Gesellschaft hat nicht nur die Suizidverhinderungspflicht, sondern auch das Suizidverhinderungsrecht. In erster Linie nicht zum Schutz des Selbstmordkandidaten, sondern zum Schutz der öffentlichen Ordnung steht der Polizei ein Recht des ersten Zugriffs in Selbstmordfällen zu, weil die gute Ordnung der Gesellschaft den Selbstmord nicht billigt. Zwar hat die Polizei zunächst Interesse am Schützen der guten Ordnung, aber es geht letztlich um das Menschenleben. Die Erhaltung des höchsten Rechtsgutes rechtfertigt die zwangsläufige Verhinderung durch die Polizei.²¹⁾ Die besonderen Bestimmungen der Landesgesetze über den polizeilichen Gewahrsam geben der Polizei das Recht, Personen zu ihrem eigenen Schutz in Gewahrsam zu nehmen, manche Gesetze nennen dabei ausdrücklich den

20) Sonneck/Ringel, Zur Psychopathologie des Selbstwillens, in Eser (Hrsg), Suizid und Euthanasie als human- und sozialwissenschaftliches Problem, 1976, S. 77 ff.

21) Götz, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 7. Aufl., S. 48.

Selbstmordversuch.²²⁾

Insbesondere bei der Gefangenschaft kollidiert das Recht zum freien Tod mit dem Lebensschutzrecht des Staates. Aber die Grundrechte des Grundgesetzes stehen den Gefangenen auch zu. Sie bewahren sie davor, unverhältnismäßige oder den Kern der Freiheitsrechte berührende Eingriffe erdulden zu müssen.²³⁾ Der auf dem freien Entfaltungsrecht der Persönlichkeit des Art. 2 I GG beruhende ernsthafte Sterbewille des Gefangenen geht aber dem Lebensschutzrecht oder der Lebensschutzpflicht des Staates vor.

2. Rechtfertigung der Suizidverhinderung der privaten Person

1) Meinungsstand

Während die Suizidverhinderung durch staatliche Organe wegen der Erhaltung der Ordnung gerechtfertigt ist, ergibt sich besonderes Problem bei der Suizidverhinderung durch eine private Person. Bei dieser könnten die Tatbestände der Nötigung des § 240 StGB oder der Körperverletzung der §§ 223 ff. StGB erfüllt werden, wenn für die Rettung des Suizidenten ärztliche Maßnahmen erforderlich sind. Andererseits könnte der den Suizidenten nicht rettende und untätig bleibende Dritte wegen der unterlassenen Hilfeleistung nach § 323c StGB strafbar sein.²⁴⁾ Aber zunächst ist zu prüfen, ob die Suizidverhinderung durch private Personen gerechtfertigt ist.

a) Strafbarkeit der Suizidverhinderung nach § 240 StGB

Wenn ein Arzt an einem Oatienten gegen dessen Willen eine ärztliche Behandlung vornimmt, erfüllt er den Tatbestand des § 240 StGB (und des §

22) Wie z.B. § 22 I Nr. 2 b BWPolG; Art. 16 I Nr. 1 BayPAG; § 11 I b Nr. 3 BremPolG; § 180 SchHLVwG; § 119 III StPO; § 88 I StrVollzG.

23) Bottke, Suizid und Strafrecht, S. 233 f. Rdnr. 323.

24) BGHSt 6, 147.

233 StGB). Für die Verhinderung eines Selbstmordes ist dagegen anerkannt, daß ein Arzt oder jeder Dritte körperliche Gewalt bzw. ärztlichen Zwang bei der Selbstmordverhinderung anwenden darf. Nach der Rechtsprechung des BGH läuft der Dritte sogar Gefahr, sich nach § 330c StGB a.F. strafbar zu machen, wenn er nicht eingreift.²⁵⁾ Die h. M. sieht das Verhalten des Arztes sowie jedes Dritten als gerechtfertigt an, wenn er keine ärztlichen Eingriffe bei der Suizidverhinderung vornimmt. Wenn man der Rechtsprechung des BGH folgt, so stellt dieses Handlungsgebot einen Rechtfertigungsgrund dar. Die tatbestandsmäßig bei jeder gewaltsamen Selbstmordverhinderung gegebene Nötigung ist strafrechtlich geboten. Nach fast einhelliger Auffassung ist die Gewaltanwendung zum Zweck der Suizidverhinderung nicht strafbar, weil deren Zweck, die Erhaltung eines Lebens, nicht verwerflich im Sinne des § 240 II StGB ist.²⁶⁾

Die Strafbarkeit der Suizidverhinderung nach § 240 I StGB ist damit ausgeschieden. Als sonstige Rechtfertigungsgründe der Suizidverhinderung kommen der rechtfertigende Notstand (§ 34 StGB), die mutmaßliche Einwilligung und das Gewohnheitsrecht in Betracht.²⁷⁾

b) Der rechtfertigende Notstand

Nach §§ 34 StGB und 16 OWiG leistet die rechtfertigende Notstandshilfe, wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für das Leben, Leib, Freiheit oder ein sonstiges Rechtsgut eines anderen eine Tat begeht, um von dieser die Gefahr abzuwenden, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, nämlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Hier das geschützte Interesse ist das

25) BGHSt a.a.O.

26) Vgl. Lackner/Kühl, StGB, 23. Aufl., 1999, § 240 Rdnr. 20; Dreher/Tröndle, StGB, § 240 Rdnr. 9; LK-Jähnke, 10. Aufl., 1988, vor §§ 211 Rdnr. 33; SK-Horn, § 240 Rdnr. 46; Schönke-Schröder-Eser, StGB, 26. Aufl., 2001, § 240 Rdnr. 22.

27) Wagner, Selbstmord und Selbstmordverhütung, 1975, S. 58.

Leben des Suizidenten und das beeinträchtigte kann die körperliche Unversehrtheit oder das Selbstbestimmungsrecht des Suizidenten, über Gesundheit und Leben frei zu verfügen, sein. Obwohl der betroffene Suizidkandidat persönlich dem Selbstbestimmungsrecht mehr wert als seinem Leben zumessen kann, ist das Leben allgemein als das Höchstrechtsgut anerkannt. Weil der Außenstehende in der Regel das Innere des Suizidenten nicht verstehen kann, soll diese bedingung für gegeben gehalten werden, wenn der Rettende bei der Suizidverhinderung davon ausgeht, daß er das allgemein anerkannte Höchstrechtsgut erhalten will. Nach Auffassung des BGH²⁸⁾ geht das Selbstbestimmungsrecht beim Todkranken vor, während es beim Selbstmord hingegen zurücktritt, weil der Selbstmord gegen das Sittengesetz verstößt. Nach der Auffassung des BGH braucht der Arzt im Falle des Selbstmordes daher gar keine Güterabwägung vorzunehmen, da das Gewicht des Selbstbestimmungsrecht gar nicht in Rechnung zu stellen ist. Umstritten ist, ob ein wesentlicher Unterschied zwischen dem jede weitere Behandlung verweigernden Todkranken (passiver Selbstmord) und dem Suizidenten (aktiver Selbstmord) gibt.

Die Rechtfertigung der Suizidverhinderung nach § 34 StGB scheitert aber daran, daß hier die kollidierenden Interessen demselben Inhaber - nämlich dem Suizidenten - zustehen. Eine Notstandslage im Sinne des § 34 StGB setzt dagegen voraus, daß Rechte verschiedener Personen einander gegenüberstehen.²⁹⁾ Es kommt daher nur Rechtfertigung aus mutmaßlicher Einwilligung in Betracht.³⁰⁾

c) Rechtfertigung aus mutmaßlicher Einwilligung

Es handelt sich bei der mutmaßlichen Einwilligung darum, daß eine Einwilligung, die nach Sachlage wirksam erteilt werden könnte, nicht

28) BGHSt 11, 114.

29) SK-Samson, § 34 Rdnr. 6; a.A. Stratenwerth, Strafrecht AT I, 4. Aufl., 2000, § 9 Rdnr. 99.

30) SK-Samson, a.a.O.

vorliegt und auch nicht rechtzeitig eingeholt werden kann, weil der Betroffene bzw. sein gesetzlicher Vertreter unerreichbar oder "bewußtlos" ist. Ihre Erteilung wäre bei objektiver Würdigung aller Umstände ex-ante aber mit Sicherheit zu erwarten gewesen.³¹⁾ Das Urteil darüber, ob eine Einwilligung zu vermuten ist, ob also das Handeln des Täters dem Interesse und mutmaßlichen Willen des Verletzten entspricht, ist objektiv abzugeben. Nicht auf den vom Täter vermuteten, sondern auf den objektiv zu vermutenden Willen des Berechtigten kommt es an.³²⁾

Wenn der Handelnde ungewiß ist, ob der Eingriff nicht dem wahren Willen des Berechtigten zuwider läuft, darf er nur aufgrund gewissenhafter Prüfung aller Umstände zur Tat schreiten. Wenn er seinerseits pflichtgemäß geprüft hat und den Eingriff dem wahren Willen des Berechtigten nicht widerspricht, so ist die Tat nicht rechtswidrig.³³⁾

Für die Frage, ob die Rettungshandlung dem Interesse und mutmaßlichen Willen des Suizidenten entspricht, ist es zu prüfen, ob das Gebot eigenmächtiger Selbstmordverhinderung gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht des Suizidenten vorgeht. Wenn dies zu bejahen ist, kommt eine Rechtfertigung aus mutmaßlicher Einwilligung in Betracht. Der BGH ist der Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht beim Todkranken vorgeht... "Das im Art. 2 II 1 des Grundgesetzes gewährleistete Recht auf körperliche Unversehrtheit fordert Berücksichtigung auch bei einem Menschen, der es ablehnt, seine körperliche Unversehrtheit dann preiszugeben, wenn er dadurch von einem lebensgefährlichen Leiden befreit wird. Niemand darf sich zum Richter in der Frage aufwerfen, unter welchen Umständen ein anderer vernünftigerweise bereit sein sollte, seine körperliche Unversehrtheit zu opfern, um dadurch

31) Baumann/Weber/Mitsch, Strafrecht AT, 10. Aufl., 1995, § 17 Rdnr. 119 ff.; Jescheck, Strafrecht AT, 5. Aufl., 1996, § 34 VII 1; Blei, Strafrecht AT, 18. Aufl., 1983, § 38 I; Wessels, AT, 24. Aufl., 1994, Rdnr. 381 f.; Maurach/Zipf, AT I, 8. Aufl., 1992, § 28 II Rdnr. 13f.; Roxin, Weizel-Festschrift, S. 448.

32) Baumann, Strafrecht, 9. Aufl., 1985, § 21 II 5 b).

33) Jescheck, a.a.O., § 34 VII 3.

wieder gesund zu werden. Diese Richtlinie ist auch für den Arzt verbindlich. Zwar ist es sein vornehmstes Recht und seine wesentlichste Pflicht, den kranken Menschen nach Möglichkeit von seinem Leiden zu heilen. Dieses Recht und diese Pflicht finden aber in dem grundsätzlichen freien Selbstbestimmungsrecht des Menschen über seinen Körper ihre Grenze. Es wäre ein rechtswidriger Eingriff in die Freiheit und Würde der menschlichen Persönlichkeit, wenn ein Arzt eigenmächtig und selbstherrlich eine folgeschwere Operation bei einem Kranken, dessen Meinung rechtzeitig eingeholt werden kann, ohne dessen vorherige Billigung vornähme. Denn ein selbst lebensgefährlich Kranker kann triftige und sowohl menschlich wie sittlich achtenswerte Gründe haben, eine Operation abzulehnen, auch wenn er durch sie und nur sie von seinem Leiden befreit werden könnte.³⁴⁾ Somit hat der BGH dem Selbstbestimmungsrecht des Todeskranken den Vorrang vor der Behandlungspflicht des Arztes eingeräumt. Nichts anderes kann für die Güteabwägung zwischen dem Recht auf Selbsttötung und der Pflicht des einzelnen wie der Gemeinschaft gelten, das Leben eines Suizidenten zu retten.

Der Verfassungsgesetzgeber hat dem Selbstbestimmungsrecht des einzelnen eine so hervorragende Stellung im Grundgesetz eingeräumt, daß es niemandem erlaubt sein kann, sich ohne Einwilligung oder gesetzliche Grundlage über das Selbstbestimmungsrecht des Suizidenten hinwegzusetzen.³⁵⁾ Hiergegen kann man argumentieren, daß Selbstmord nicht mit dem den ärztlichen Heileingriff verweigenden Todkranken gleichgestellt werden könne, weil ein sehr großer Teil von Selbstmördern wegen der psychischen Krankheit nicht fähig ist, einen freiverantwortlichen Selbstmordentschluß zu fassen. Bei dem normalen Selbstmord sei eine berufsethische Pflicht zur Zwangsbehandlung zu bejahen, soweit der Arzt nicht wissen könne, ob der selbstmörderische Wille freiverantwortlich und ernsthaft gefaßt sei.³⁶⁾

34) BGHSt 11, 111 (113 f).

35) Wagner, a.a.O., S. 157.

36) Kreuzer, Ärztliche Hilfeleistungspflicht bei Unglücksfällen im Rahmen des § 330c StGB, 1965, S. 67.

Die Frage, ob die Suizidverhinderung tatsächlich mit dem wirklichen Willen des Suizidenten entspricht, hängt dann davon ab, wie ernsthaft und freiverantwortlich ein Suizident im normalen Suizidfall seinen Entschluß zur Ausführung des Selbsttötungshandelns faßt. Um den Anhaltspunkt für eine mutmaßliche Einwilligung der Suizidverhinderung zu finden, unterscheidet man Selbstmordversuche nach der Ernsthaftigkeit des Selbstmordentschlusses in folgenden drei Gruppen:

i) Selbstmordgesten, bei denen der kommunikative und manipulative Zweck der Handlung offensichtlich ist und der Selbsttötungswille fehlt: ii) der ambivalente Selbstmordversuch, bei dem sich das Individuum nicht zwischen Leben und Tod entscheiden kann: und iii) der entschlossene und überlegte Selbstmordversuch, der auf eine Selbsttötung abzielt und dessen tödlicher Ausgang zu erwarten ist.³⁷⁾

Bei der Selbstmordgeste hat der Suizident nur den Zweck, ohne Todesrisiko und Todesabsicht die Aufmerksamkeit der sozialen Umgebung auf sich zu lenken. Bei diesen Fällen kann man die Voraussetzungen einer mutmaßlichen Einwilligung anerkennen, weil der Suizident in diesen Fällen Rettung oder Verhinderung von Dritten rechnet. Aber die Zahl der ausschließlich demonstrativen Selbsttötung ist sehr gering. Nach der Untersuchung von Böcker³⁸⁾ ergibt sich, daß nur 0,1% der von ihm untersuchten Selbstmordversuche vorgetäuscht wurden.³⁹⁾ Nach seiner Untersuchung ergibt sich, daß das Auffinden des Selbstmörders bei 41,7% zur rechten Zeit gesichert war und bei 26,6% wahrscheinlich und bei 18% die Suizidenten selbst aktive Hilfe suchten.

Nach diesem Ergebnis kann man den Schluß ziehen, daß es wegen der geringen Anzahl der vorgetäuschten Selbstmorde anzusehen sei, daß eine allgemeine Anwendung des Instituts der mutmaßlichen Einwilligung zur

37) Stengel, Selbstmord und -versuch, 1969, S. 73; Ringel, Handwörterbuch, Krim. Bd. 3, S. 131.

38) Böcker, Suizide und Suizidversuche in der Großstadt, 1973, S. 77.

39) Vgl. Linden, Der Suizidversuch, 1969, S. 39.

Rechtfertigung der Suizidverhinderung ausgeschlossen sei.

Andererseits stellt Stengel die subjektive Situation der meisten Suizidenten wie folgend dar: "Die meisten Menschen, die Selbstmordhandlungen begehen, wollen nicht entweder sterben oder leben. Sie wollen beides gleichzeitig, gewöhnlich das eine mehr als das andere - oder vielmehr - als das andere."⁴⁰⁾ Nach ihm wissen Menschen in psychischen Krisensituationen in der Regel nicht genau was sie wollen und entsprechend handeln sie. Dies gelte insbesondere für besonders verletzbare und labile Menschen, die zum Selbstmord neigen. Ihre innere Haltung sei nie so eindeutig, daß man bei Würdigung aller Umstände in sie eine Einwilligung in eine spätere Rettung hinein interpretieren könne.⁴¹⁾

Somit lehnt das Schrifttum anders als Rechtsprechung die Rechtfertigung der Suizidverhinderung nach mutmaßlicher Einwilligung aus unterschiedlichen Gründen ab.

d) Gewohnheitsrechtliche Rechtfertigung der Suizidverhinderung

Die Suizidverhinderung durch den ärztlichen Heileingriff könnte noch durch Gewohnheitsrecht gerechtfertigt werden. Gewohnheitsrecht hat zwei Voraussetzungen: eine Norm muß als von rechtswegen geltend allgemeine Anerkennung gefunden haben und der Rechtsgeltungswille der Gemeinschaft muß durch dauernde Übung nach außen klar in Erscheinung getreten sein. Im Strafrecht entsteht Gewohnheitsrecht vor allem durch den Gerichtsgebrauch, doch muß auch hier zur ständigen Übung die Anerkennung als Rechtsanwendung durch die Gemeinschaft hintreten. In der Praxis ist das ärztliche Heileingriffsrecht zum zweck der Lebensrettung des Suizidenten durch ständige Rechtsprechung gemäß § 323 c StGB als geboten anerkannt und die Ärzte üben dieses Heileingriffsrecht ständig aus. Aber trotzdem ist so fragwürdig, ob die BGH-Entscheidungen zweifelsfrei

40) Stengel, Selbstmord und Selbstmordversuch, 1969, S. 74.

41) Stengel, a.a.O., S. 74.

anzunehmen sind.

Um das ärztliche Heileingriffsrecht gegen Suizidenten als Gewohnheitsrecht anzuerkennen, nennt man zwei Gründe: Der BGH ist der Meinung, daß der Selbstmord gegen Sittengesetz verstößt.⁴²⁾ Dagegen gehen die Ärzte davon aus, daß der Selbstmord häufig aus einer psychischen Krankheit begangen wird. Aber wie schon oben ausgeführt worden ist, ist die Selbsttötung nicht sittenwidrig im Sinne des Art. 2 I GG und insoweit das Recht auf eigenen Tod garantiert. Und man kann nicht behaupten, daß alle Selbstmorde auf psychischer Krankheit beruhen und jeder psychisch krankhafte Zustand schon die Einsichtsfähigkeit und Willensfähigkeit ausschließt.⁴³⁾ Staatliche Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und andere grundrechtlich geschützte Freiheiten sind nur unter der Voraussetzung einer gesetzlichen Grundlage möglich. Deswegen dürfen die Ärzte nicht ohne weiteres an dem Suizidenten die zwangsläufige Rettungshandlung durchführen.⁴⁴⁾ In die persönliche Freiheit kann nur aufgrund Gesetzes eingegriffen werden. Diesen Grundsatz regelt jedoch, unbeschadet des in ihm enthaltenden allgemeinen Bekenntnisses zur persönlichen Freiheit, das Verhältnis der Einzelperson zur öffentlichen Gewalt, nicht das der Einzelpersonen untereinander.⁴⁵⁾ Weil ein Arzt auch eine Einzelperson ist, hat er auch kein berufliches Sonderrecht, dem Lebensmüden zwangsläufig sein Leben zu retten. Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht und in die körperliche Unversehrtheit können nur gerechtfertigt sein, wenn sie den Selbsttötungswilligen und Eigenverantwortungsfähigen weder zu bloßer Leidensverlängerung verurteilen noch auf Dauer zum bloßen Objekt lebensfristender Maßnahmen machen oder sonst unzumutbar sind.⁴⁶⁾

e) Rechtfertigung der Suizidverhinderung nach § 679 BGB

42) BGHSt 6, 147, 153.

43) Wagner, Selbstmord und Selbstmordverhütung, S. 73.

44) Bottke, Suizid und Strafrecht, S. 83 Rdnr. 105.

45) BGHSt 13, 197 ff (198).

46) Bottke, a.a.O., Rdnr. 106.

Fraglich ist, ob der ärztliche Heileingriff gegen Suizidenten durch die Hilfe des § 679 BGB zu rechtfertigen ist. Dies ist jedoch nach h. M. zu verneinen, weil der Normzweck dieser Vorschrift nur die Sicherung des eventuellen Anspruchs auf Anwendungs- und Schadensersatz zugunsten des Retters eines Selbstmörders ist.⁴⁷⁾ Sie regelt nicht die Voraussetzungen des Eingriffs in fremde Rechtsgüter, auf die es für die strafrechtliche Rechtfertigung ankommt.⁴⁸⁾

2) Zusammenfassung des Meinungsstandes

Die Suizidsituation ist nicht notstandsfähig, weil hier das gerettete und das geopferte Interesse denselben Inhabern zustehen.⁴⁹⁾ Daher ist die Suizidverhinderung nicht aus dem rechtfertigenden Notstand (§ 34) gerechtfertigt. Mutmaßliche Einwilligung kann die Suizidverhinderung auch nicht rechtfertigen. Die Anzahl der vorgetäuschten Morde ist sehr gering. Die meisten Suizidenten befinden sich im psychisch krankhaften Zustand, so daß eine Einwilligung in eine spätere Rettung ausscheidet. Man muß stets darauf achten, daß das höchstpersönliche Selbstbestimmungsrecht und die Personenautonomie des Suizidenten nicht unter Berufung auf § 34 StGB oder auf mutmaßliche Einwilligung verdrängt werden.⁵⁰⁾

3. Stellungnahme - Erforderlichkeit einer Abgrenzung zwischen dem Schutz des Lebens und der Gewährleistung des Grundrechts

1) Erforderlichkeit einer Abgrenzung zwischen dem Schutz des Lebens und der Gewährleistung des Grundrechts

Wegen des Selbstbestimmungsrechts darf die Durchführung des

47) Palandt-Thomas, § 679 Anm. 2a.

48) Jescheck, a.a.O., § 34 VII 2.

49) SK-Samson, § 34 Rdnr. 6.

50) Bottke, a.a.O., Rdnr. 115.

Selbstmordes prinzipiell nicht durch andere verhindert werden. Das bedeutet, daß jede Suizidverhinderung grundsätzlich etwa wegen des § 223 StGB oder eventuell des § 240 StGB zu bestrafen ist. Wenn die Suizidverhinderung nach §§ 223, 240 StGB strafbar wäre und man durch das bloße Untätigbleiben das Leben des Lebensmüden unwiederbringlich verloren gehen lassen müsse, dann wird das Sozialstaatsprinzip verletzt, das sich zum Schutz jedes Menschenlebens verpflichtet.

Aber wenn man dagegen die Suizidverhinderungsbefugnis der privaten Person anerkennt, wird die Aufgabe des Rechtsstaatsprinzips verletzt, dem Lebensmüden das Grundrecht auf Selbsttötung zu gewährleisten. Mit der Anerkennung der Rettungsbefugnis wird das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit des Art. 2 I GG faktisch beeinträchtigt. Um diese Kollision zwischen dem Sozialstaatsprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip zu überwinden, muß man eine vernünftige Begrenzung zwischen dem Schutz des Lebens des Lebensmüden und der Gewährleistung des Grundrechts zur freien Entfaltung der Persönlichkeit ziehen.

2) Begrenzungskriterium "Freiverantwortlichkeit des Suizides"

Das Kriterium hierfür soll darin liegen, ob der Suizidversuch eine vorgetäuschte oder eine ernsthafte Handlung ist und ob der im psychischen krankhaften Zustand oder im klaren Bewußtsein begangen wird, soll aus mutmaßlicher Einwilligung gerechtfertigt werden, weil man davon ausgehen muß, daß der Lebensmüde das Leben wünschen würde, wenn er im klaren Bewußtsein wäre. Nach Sozialstaatsprinzip ist die Gesellschaft verpflichtet, dieser Person ihr Leben zu retten und ihr den krankhaften Zustand zu beseitigen. Wenn es jedes Mal dem Außenstehende klar ist, ob die Suizidversuchshandlung ohne psychisch krankhaften Zustand auf voller Freiverantwortlichkeit des Suizidenten beruht, wären das Recht auf eigenen Tod und die Pflicht zur Rettung des Lebensmüden ohne Mühe miteinander in Einklang zu bringen. Aber meistens ist der psychische Hintergrund des

Selbstmörders den Dritten oder sogar den Garanten nicht bekannt und es ist schwer zu erkennen, ob der Suizidversuch ein Akt freier Selbstbestimmung ist oder nicht.

3) Alternativvorschlag

Deswegen schlägt Wagner eine Alternativ vor: Entweder sei grundsätzlich ein Recht und eine Pflicht zur Suizidverhinderung zu verneinen. Dann wären auch die Selbstmörder nicht zu retten, bei denen eine Pflicht zur Selbstmordverhinderung besteht. Oder es sei grundsätzlich ein Recht und eine Pflicht zur Suizidverhütung anzuerkennen und dann in einer besetzten Zahl von Fällen eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts in Kauf zu nehmen.⁵¹⁾ Wagner wollte diese Frage zunächst mit der Hilfe der quantitativen Häufigkeit freier und unfreier Selbstmordhandlungen lösen, aber diese Methode ist nicht geeignet, weil die objektive Beurteilung über die subjektive Ernsthaftigkeit oder psychischen Zustand des Suizidenten beinahe unmöglich ist.

4) Güterabwägung nach dem Interesse aller Allgemeinheit

Welche dieser beiden Möglichkeiten man wählen soll, soll nach dem allgemeinen Interesse bestimmt werden. Nach der Rechtsprechung muß jedermann als gemeinschaftsbezogener und gemeinschaftsgebundener Bürger Einschränkungen seines Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in gewissem Umfang hinnehmen, soweit sie im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit erfolgen und nicht in den unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung eingreifen.⁵²⁾

Durch die Güterabwägung zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und dem Lebensmüden ergibt sich, daß es dem Interesse der Allgemeinheit entspricht,

51) Wagner, a.a.O., S. 124 f.

52) BVerfGE 27, 6 f. 351.

das Leben des Lebensmüden zu retten, obwohl damit die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des Lebensmüden verbunden ist. Für den Vorrang des Lebens vor dem Selbstbestimmungsrecht nach dem Sozialstaatsprinzip sind folgende Gründe zu nennen: Erstens ist es bestimmt klar, daß nicht wenige Selbstmordversuche wegen psychischer Krankheiten als nicht völlig freiverantwortlich anzusehen sind und manche freiverantwortlich handelnde Suizidenten andere Möglichkeiten als Selbsttötung haben können. Zweitens wird der Selbstmordversuch sehr häufig ohne sorgfältige Überlegungen kurzschlüssig begangen.⁵³⁾ Drittens sind viele gerettete Lebensmüde ihrem Retter dankbar⁵⁴⁾ und haben später ein glückliches und zufriedenes Leben wieder gefunden.⁵⁵⁾ Mit dem Unterbinden der Selbsttötung wird zwar das Selbstbestimmungsrecht verletzt, aber das gibt dem Lebensmüden die Chance, seinen Entschluß zur Selbsttötung noch zu überdenken oder sein Leben noch wieder gut zu machen.⁵⁶⁾ Außerdem kann das Selbstbestimmungsrecht des Lebensmüden nach einer Verletzung später noch wiederholt ausgeübt werden, aber das Leben geht bei einem erfolgreichen Suizidversuch unwiederbringlich verloren. Die Wiederholungsmöglichkeit der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts bereitet aber ein anderes Problem vor. Wenn jede Wiederholung der Suizidhandlungen durch Verhinderung eines anderen erfolglos bleiben kann, dann entsteht eine Gefahr, daß dem Suizidenten das Selbstbestimmungsrecht faktisch aufgehoben wird, obwohl der Suizidentenschluß völlig frei verantwortlich und vernünftig ist. Deswegen ist in den Fällen, in denen dem Rettenden keine Zweifel bestehen, daß der Selbstmörder mit voller Eigenverantwortung und Einsichtsfähigkeit in die Bedeutung und Tragweite der Selbsttötungshandlung genommen hat, ausnahmsweise dem Rechtsstaatsprinzip

53) Nach der Untersuchung von Linden hatten 42% aller Suizidenten eine Stunde vor dem Selbstmordversuch zum ersten Mal an einen Selbstmord gedacht. 24, 7% hatten eine Bedenkzeit von weniger als einen Tag, 9,5% von weniger als einer Woche, Suizidversuch, S. 40.

54) Bottke, a.a.O., Rdnr. 16 f.

55) Wagner, a.a.O., S. 126.

56) Wellman, JR 1979, 183.

der Vorrang vor dem Sozialstaatsprinzip einzuräumen.⁵⁷⁾

IV. Zusammenfassung

Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil von Selbstmordhandlungen kein Akt der freiverantwortlichen Selbstbestimmung ist. In diesen Fällen ist die Suizidverhinderung mit maßvoller Gewaltanwendung zumindest aus mutmaßlicher Einwilligung gerechtfertigt. Aber wegen der fließenden Grenzen zwischen freiverantwortlichem und unfreiem Selbstmord wäre es unerträglich, die Berechtigung zur Hilfe auf die Situation eines nicht freiverantwortlichen Selbstmordes zu beschränken. Deswegen ist davon ausgehen, daß die gewaltsame Suizidverhinderung auch bei freiverantwortlichem Suizidentschluß gerechtfertigt ist,⁵⁸⁾ soweit der Retter bei der Rettung keine Kenntnisse, ob es sich um einen freiverantwortlichen Suizidentschluß handelt. Hat der Retter Zweifel, ob die Suizidhandlung völlig freiverantwortlich zustande gekommen ist, dann ist die gewaltsame Hinderung des Selbstmordes nach dem Grundsatz "in dubio pro vita" gerechtfertigt. Aber wenn der Retter keine Zweifel an der Freiverantwortlichkeit und Einsichtsfähigkeit des Suizidenten hat, dann darf er die Selbsttötung nicht verhindern. In diesem Fall muß das Selbstbestimmungsrecht des Lebensmüden geachtet werden. Wenn der Retter in diesem Fall eingreift, überschreitet er die Grenzen einer erlaubten Nötigung, er kann sich nicht mehr als Helfer fühlen.⁵⁹⁾

57) Wagner, a.a.O., S. 127.

58) Schönke-Schröder-Eser, 26. Aufl., 2001, Vor §§ 211 Rdnr. 41, 48; Arzt-Weber, Strafrecht BT, LH 1, 2. Aufl., 1981, S. 89 Rdnr. 223; Simson, Suizid, Die Suizidtat, 1976, S. 53 f.

59) Arthur Kaufmann, ZStW 1961, 368.